

Bezugspreis:
Vierteljährlich 20.— M., monatlich 10.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezugs: Monatlich 10.— M., ein-
zelne Ausgaben 10.— M. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheingebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,
Litauen und Lettland 20.— M. für
das übrige Ausland 27.— M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Litauen, Tschechien, Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimkehr“ und der
Beilage „Streitsang und Streitsang“
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Komposition
kostet 550 M. „kleine Anzeigen“
das fertige Blatt 120 M. (zu-
wändig zwei fertige Blätter) jedes
weiter Blatt 1.— M. Stellengeld
und Schließzeilenanzeigen das erste
Blatt 1.— M., jedes weitere Blatt
50 Hg. Warte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 25 Hg. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeld.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 Uhr nachmittags im
Druckgeschäft, Berlin 65 W. Unter-
krug 1, abgegeben werden. Schluß
von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 15190-15197

Mittwoch, den 27. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 11753-54

Ententegutachten eingefordert.

Wie zu erwarten war, hat die Pariser Heppresse beson-
ders an dem Verlangen der deutschen Rote ein, daß nach An-
nahme der deutschen Vorschläge mit weiteren „Sanktionen“
Schluß gemacht werden müsse. Das Bild der Pariser Presse
ist also im Ganzen recht ungünstig. Dagegen behaupten neu-
trale und nichtfranzösische Meldungen, daß die Aufnahme der
deutschen Vorschläge in Paris g u n s t i g e r s e l, zumal Amerika
sie nicht von vornherein abweisen, sondern darüber mit Berlin
verhandeln soll. Washington soll u. a. eine höhere Verzinsung
der Gesamtschuld wünschen, als die Rote sie vorschlägt.
Nach Reuters glaubt man an einen ausgezeichneten
Eindruck in Londoner Regierungskreisen und „Daily
Chronicle“ äußert sich dahin, daß die Furcht Deutschland ein
annehmliches Angebot einlokt habe. Havas versichert mit
Bestimmtheit, daß die amerikanische Regierung nach wie vor
keinen Schritt unternehmen wird, ohne sich vorher vergewissert
zu haben, daß er den V e r b a n d s r e g i e r u n g e n a g e n e h m
wäre. Reuter meldet, daß Hughes die Ententebotschafter um
Bekanntgabe der Ansicht ihrer Regierungen
über die deutschen Vorschläge gebeten hat, ehe Amerika Deutsch-
land antwortet.

Diese beiden Havas- und Reutersmeldungen sind eigentlich
das einzige Positive. In Washington wird sonst in offen
Läunen geschwiegen, so daß ein französischer Reporter schon aus
dem Gesichtsausdruck des belgischen Gesandten, als er
Hughes verließ, Schlüsse ziehen wollte!

Bis Mittwoch mittag war eine Antwort Amerikas in
Berlin nicht eingetroffen, was ja nicht erstaunlich ist, da sich
erst die Ententemächte gegenüber Washington äußern sollen.

Auslandsgrenze Worms!

Worms, 27. April. (Ff. Ztg.) Hier müssen die Züge verlaufen
werden. In einem Bretterverschlag wird das Handgepäck durchsucht.
Bisher ist die Kontrolle nicht streng.

Paris, 27. April. (U.) „Information“ erklärt, daß die 50 proz.
Abgabe auf die deutschen Waren den französischen Interessen
nicht dient, daß vielmehr das Gesetz zur Wahrung der Einkünfte
unter den Allereinsten angenommen werden mußte. An seine Stelle
könnte eine Abgabe besser aus Einfuhrzöllen auf Rohprodukte wie
Kupfer, Nickel, Zinn und Kautschuk treten.

Zeugenverhör in London.

London, 27. April. (WZ.) Gestern begann im Postge-
richt von Bowstreet die Vernehmung der 13 britischen Zeugen,
die sich nicht zu Ende Mai in Leipzig stützender Verhandlungen
gegen die deutschen Kriegsschuldigen begeben können.
Der erste zur Verhandlung kommende Fall war der des Haupt-
manns der Reserve Müller, der kurze Zeit Kommandant des Ge-
fangenenlagers Ham-le-Martel war, eines normals feindlichen
Lagers, das bei der Märzoffensive 1918 in deutsche Hand fiel. Haupt-
mann Müller wird der Mißhandlung von Gefangenen beschuldigt
und für die schlechten sanitären Verhältnisse des Lagers verant-
wortlich gemacht. Von deutscher Seite nahmen an den gestrigen
Verhandlungen teil Rechtsanwalt Dr. Feilenderger aus Leip-
zig für die deutsche Regierung und die Anwälte Dr. Schröder und
Dr. Windmüller aus Frankfurt als Verteidiger der Beschuldigten.
Die Zeugen wurden von einem Vertreter der britischen Regierung
vernommen und von den Verteidigern der deutschen Beschuldigten
in Kreuzverhör genommen. Die Zeugenvernehmung wird heute
fortgesetzt. — Nach einer Cteuropemeßung ist der Rechtsanwalt
Dr. Schröder Gegenstand einer feindseligen Kundgebung gewesen,
als er den Gerichtssaal verließ.

Aus dem allerchristlichsten Lande.

Der Tisza-Prozess in Budapest enthält immer mehr
die ganze Erbärmlichkeit des Horthy-Regimes. Der Haupt-
angeklagte und frühere Ministerpräsident Stefan Friedrich
erscheint durch die Aussagen der Belastungszeugen nahezu
völlig überführt, der geistige Urheber der Ermordung Tiszas
zu sein. Dagegen können die Versuche der Gegenpartei, die
Schuld am Morde den Führern der ungarischen Karolgi-Revolution
in die Schuhe zu schieben, schon heute als gescheitert gelten. Es hat
sich herausgestellt, daß einige ungarische Aristokraten unter beson-
ders tätiger Mitwirkung der Familie des ermordeten Tisza ein
Bureau errichtet haben, in dem darauf hingearbeitet wurde, durch
Anschuldigungen und Zeugenbeeinflussungen
ein Tatbestand künstlich zu konstruieren, wonach Paul Kéri, der
Grund des Grafen Karolgi, und Fényes, einer der edelsten und
gemäßigtesten Wortkämpfer der ungarischen Revolution, des Mordes
an Tisza verdächtig erscheinen sollte. Der eigentliche Mörder
wurden durch Forderungen und Versprechungen ver-
anlaßt, diese beiden völlig Unschuldigen durch ihre Aussagen zu be-
lasten, ja, es liegt sogar die Vermutung nahe, daß verschiedene in
den Prozess verwickelte Personen, die plötzlich auf geheimnisvolle
Weise verstarben oder verschwanden, von jener aristo-
kratischen Clique aus dem Wege geräumt wurden, um die Wahr-
heit zu verschleiern. Korruption, Mord und gemeine Verbrechen —
das sind die Mittel, mit denen im allerchristlichsten Lande unter
mohlwollender Duldung der Entente Politik getrieben wird.

Welche Ehre!

Budapest, 26. April. (WZ.) Im Finanzausschuß der Natio-
nalsversammlung erklärte Außenminister Graf Banffy, die diploma-
tische Vertretung in Berlin werde jedenfalls aufrechterhal-
ten. Die jüngsten Reden im englischen Unterhause zeugten von
einer Wandlung der Auffassungen zugunsten Ungarns.

Erste Lage in Indien.

London, 27. April. (U.) „Morningpost“ meldet aus Kol-
katta: Der Vizekönig von Indien, Lord Reading, teilt in amtlichen
Telegrammen mit, daß die Lage in Indien ernst sei. In verschiede-
nen Distrikten nimmt die Bewegung gegen die Engländer zu. Kol-
katta und Bombay stehen unter Ausnahmezustand. In den ersten
Maitagen wird ein heftiges Gewitter nach den indischen Ge-
wässern abgehen.

Der zürnende Prophet.

Unser Artikel „Kasperletheater? — Trauerspiel!“ hat einen
Propheten der „Roten Fahne“ in den Zustand erglühender Raserei
versetzt. Wie ein biblischer Erzpater donnert er einen Schwall
wilder Flüche und Verwünschungen über uns. Aber dabei geht
ihm sein Verstand durch (so er solchen zu befehlen haben sollte), denn
er heult:

Nat ist das Banner des Sozialismus, und die es verraten,
sollen fern bleiben; der Zorn der Arbeiterklasse wird
sie weglegen wie Spreu, die von Kasperle-
theater zu reden wagen, wenn das Proletariat seinen
Weg sucht.

Da hat im heiligen Eifer des kommunistischen Prophet sich selber
verflucht. Unsere Ueberschrift war, wie erinnerlich, der „Roten
Fahne“ einmommen, die geschrieben hat, die KPD, gleiche zurzeit
„einem Kasperletheater, wo zum Gaudium der Zu-
schauer die Führer sich kabbalgen“.

Die „Rote Fahne“ also war es, die von Kasperletheater geredet
hat und die dafür der Zorn des Proletariats treffen wird. Ihr
heulender Derwisch sagt das übrigens selbst voraus, denn er ver-
sichert uns in grimmigem Trost, „daß in der kommunistischen Partei
die Auseinandersetzungen immer heftiger sein werden und
die Polemik nicht immer nach Abenddunst duften wird“. So wird es
in der Tat sein, bis auch der letzte aus der Partei
herausgestänkert ist.

Es nützt der KPD, übrigens nichts mehr, ihre heulenden
Derwische antreten zu lassen, denn sie hat einen Teil dieser edlen
Gaitung bereits gegen sich. Der hyperadriale Franz
Pfemfert (KPD), von dem hier jüngst in wenig erbaulichem
Zusammenhang die Rede war, donnert in den wildesten Tönen
gegen die Zentrale der KPD. Da heißt es:

„Ihr heldenhaften Kämpfer der Märztage des Jahres 1921
habt Euch für nichts anderes geschlagen, als für den Bahn-
sinn verbrecherischer Führer! Ihr seid Opfer
struppelloser Spekulationspolitikanten! Ihr seid
irgendwo namenlos verscharrt oder Ihr seid eingelagert im Justiz-
haus, nur weil eine skiole Clique subalterner Streber mit Eurem
Leben, mit Eurem Schicksal, mit Eurer Revolutionsgläubigkeit
Schindluder trieb! Ihr seid vernichtet, preisgegeben worden,
nur weil einige Parteiinstanzen zu Zwecken ihres persönlichen
„Aufes“ es mal so brachten.“

Kein Wort der deutschen Sprache, so donnert Pfemfert
weiter, genügt, um es den Kreaturen zuzuschleudern, „die jetzt die
Beichen der ermordeten Arbeiter schänden, indem sie
sich dahinter verstecken, um der Vergeltung zu entgehen. Es gibt
kein Wort, die Sprache verflucht, das Gefindel ist nicht mal wert, ins
Gesicht gespien zu werden.“ Und weiter:

„Dieser politische Abschaum läßt nunmehr
brutal, ihr Märzwahnsinn sei nur ein Notwehrakt der Prole-
tarier selber gewesen und die samose Zentrale hätte im ernsten-
testen nicht ernste Kämpfe um die Staatsmacht einleiten wollen!
Die Arbeiter hätten sich instinktiv gegen Hirsing zur Wehr
gesetzt und die Zentrale sei bescheiden hinterhergehinkt! Rechnen
die Feiglinge damit, daß die Gegenzeugen durch die weiße
Garde und die weiße Justiz ausgeschaltet sind aus der Dis-
kussion? Ihr werdet Euch täuschen, Ihr Kener, Brandier,
Stöcker und Konforten! Keine Lüge, keine Fälschung wird
Euch dem Strafgericht der revolutionären Proletarier entziehen!“

Die „Rote Fahne“ mag daraus ersehen, daß es nicht gut tut,
leichtfertig mit dem „Strafgericht der Arbeiter“ um sich zu werfen,
wenn man selbst damit bedroht wird, und zwar von
Leuten, die sich noch radikaler dünken!

In Tirol! Reichstagspräsident Löbe, der erste Vorkämpfer
des Österreichisch-Deutschen Volksbundes, wird die am Sonnabend,
den 20. April, im Rarmorsaal des Zoologischen Gartens, statt-
findende Kundgebung an Tirol leiten. Der Landeshauptmann-
Stellvertreter von Tirol, Professor Dr. Stumpf und der Landdeputat
Dr. Steidle werden sprechen.

Goldrabel für Anatolien. Moskau kündigt Komat 30 000 Gold-
rabel an, um des Los der Arbeiter Anatoliens zu mildern. Mustafa
Kemal sagte wärmsten Dank und teilte mit, daß diese Summe dem
anatolischen Roten Halbmonde überwiesen werden wird.

Das Bekenntnis Tirols.

Innsbruck, 25. April 1921.

Seit den Tagen der Tiroler Befreiungskämpfe ist das
Volk dieses schönen Landes nicht wieder in so allgemeiner be-
geisteter Erregung gewesen, als am Sonntag, den 24. April.
Als die Entente der Wiener Regierung die beschlossene Volks-
abstimmung über den Anschluß an Deutschland verboten hatte,
beschloß das souveräne Bundesland Tirol durch seinen Land-
tag selbständig seinen Willen, mit dem Mutterreiche ver-
schmolzen zu werden, kundzugeben. Prompt erfolgte darauf
an die Wiener Bundesregierung eine Rote der Entente, die
einem neuen Verbot der Tiroler Abstimmung gleichkam. Diese
Rote schlug wie eine Bombe in Tirol ein. In dem sonst so
lebensfrohen, stillen und gemächlichen Bergvolk, das die Helden
seiner Freiheit wie heilige verehrt, wurde dadurch eine
Widerstandsstimmung ausgelöst, wie sie die intensivste Pro-
paganda nicht hätte erreichen können. In den Bergältern,
auf dem Lande und in der Stadt, bei Arbeitern und Bauern
klang es trostlich: n u n e r s t r e c h t! Der Trost wurde noch ver-
stärkt dadurch, daß der Ueberreicher der Rote, der französische
Gesandte in Wien, Lefebvre, denselben Namen trug, wie einer
der französischen Generäle, unter denen 1809 Tirol gebrand-
schagt wurde.

Der Abstimmungstag wurde zum höchsten Festtag. Tirol
hat noch nie bei Parlamentswahlen, und auch nicht unter der
durch Strafen verhängten Wahlpflicht, so zahlreich abge-
stimmt wie am Sonntag. Trotz des Schnees in den Hochtälern
gingen 90 Prozent der Bevölkerung zur Abstimmung.

Die Widerstände gegen die Abstimmung und gegen den
Anschluß an Deutschland, die namentlich von der konservativen
habsburgischen Geistlichkeit getragen waren, wurden im Sturm
der Begeisterung glatt hinweggefegt. Selbst ganze Klöster
verlangten die Eröffnung eines Wahlbureaus in ihren
Mauern und stimmten einmütig mit ja. Die Habsburger
haben in Tirol endgültig ausgepielt. Es gibt vielleicht unter
den Ländern deutscher Zunge kaum eins, in dem der republi-
kanische Gedanke so stark gemordet ist, wie in den Bergen und
Tälern Tirols. Tirol, das ehemals kaisertraueste Land, hat
mit seiner Vergangenheit endgültig gebrochen.

Schon seit vier Monaten hat die Polizei der Stadt Inns-
bruck die traditionellen österreichischen Uniformen abgelegt und
sich nach dem Muster der deutschen Polizei gekleidet. Diese
Uniformformierung war ein erster Ausfall zu dem großen Ere-
ignis am Sonntag. Als am Sonnabend von München her
ein Extrazug mit deutschen Abstimmungsberechtigten in In-
nsbruck eintraf, wurde auf höhere Weisung aus Wien hin seine
Weiterbeförderung auf den österreichischen Bahnen nach Inns-
bruck verweigert. Daraufhin befahl der Landeshauptmann
von Tirol eigenmächtig und unter seiner ausdrücklichen persön-
lichen Verantwortung die sofortige Weiterleitung des Zuges
nach Innsbruck. Dort wurden die deutschen Brüder im ge-
schmückten Bahnhof mit unbeschreiblichem Jubel empfangen.

Der Drang der Tiroler zum Reich äußerte sich nicht nur
durch Plakate, Aufrufe, Verbrüderungszugenen und die grandiose
Abstimmung, sondern auch dadurch, daß noch bevor das Ab-
stimmungsergebnis bekanntgegeben wurde, bereits Tiroler
Fäuste eine ganze Reihe von österreichisch-bayerischen Grenz-
pfeilen an der deutschen Grenze gewaltsam entfernt hatten,
die dann im Triumphzuge durch das festliche Innsbruck ge-
führt wurden.

Unter allen Abstimmungen, die deutsche Stämme bisher
abgehalten haben, war die im Lande Andreas Hojers die ein-
drucksvollste. Die Entente hat dadurch, daß sie das „Selbst-
bestimmungsrecht der Völker“ allenthalben zunichtem der
Deutschen verzerrt hat, daß sie wirklich deutsche Volksteile unter
fremde Hoheit gestellt hat, das ganze Volk rebelliert. Schließlich
hat auch der Versuch des Knaben Karl, sich die ungarische Königs-
krone erneut aufzusetzen, und den in Tirol in allen Kreisen
verhassten Gedanken einer Donauösterreich dadurch kritisch
in Angriff zu nehmen, das Tiroler Volk in seinem Willen zur
Abstimmung bestärkt.

Für den Anschlußwillen Tirols liegen auch starke wirt-
schaftliche Gründe vor. Das Land erzeugt bei weitem nicht
die zur Ernährung seiner Bevölkerung notwendigen Lebens-
mittel. Seine Industrie ist infolge der erdrückenden, engen
neuen politischen Grenzen sehr geschwächt worden. Es gibt
keinen Industriezweig, in dem nicht die Arbeiterzahl ganz be-
trächtlich zurückgegangen ist. Die Not in Tirol, wenigstens
in den Städten und unter der Arbeiter- und Beamtenbevölke-
rung ist unerträglich geworden. Das Land ist nicht mehr
lebensfähig, es muß Anschluß an Deutschland suchen, wenn es
nicht einen erheblichen Teil der Stadtbevölkerung zugrunde
gehen sehen will. Die reichen Wasserkräfte, die ungenützt aus
dem Lande fließen, können nicht ausgebaut und für industrielle
Anlagen nutzbar gemacht werden, weil kein Geld im Lande ist.
Selbst der infolge der Baufähigkeit der alten Innsbrucker
Universität dringend notwendig gewordene Universitätsneubau
kann aus Mangel an Mitteln nicht fortgeführt werden. Die
unüberwindlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes
bewirkten, daß die Tiroler Sozialdemokratie durch eine ener-
gische Parole ihre Anhänger zur Abstimmung aufrief.

Einstweilen ist, obwohl 98,6 Prozent der Tiroler sich zum Reich bekannt haben, natürlich nicht damit zu rechnen, daß der Anschluß vollzogen werden kann. Auf dem Wege über Italien hat die Entente bereits wissen lassen, daß sie für Tirol das Selbstbestimmungsrecht nicht anerkennt. Das Deutsche Reich selbst ist infolge seiner gegenwärtigen ohnmächtigen Lage zu einem offiziellen Schritt nicht fähig. Aber das deutsche Volk kann von der Entente nicht gehindert werden, mit frohem Herzen in die dargebotenen Hände der Tiroler Brüder einzuschlagen. Das Band ist geknüpft, nur die staatsrechtliche Form fehlt noch.

Die Verbote und Warnungen der Entente vermögen das Volk Deutschösterreichs nicht mehr einzuschüchtern. Auch die Lockungen durch Kreditversprechen und Lebensmittelschüsse sind gegenüber der schweren Not unserer österreichischen Brüder zu schwach geworden. Nach dem alle Erwartungen übertreffenden Ergebnis der Tiroler Abstimmungen werden ohne Frage auch die übrigen Völkerschichten Deutschösterreichs in Fluß kommen. Salzburg und Steiermark, die ihre Abstimmung bis zum Ende des Monats Mai verschoben haben, werden jetzt nicht mehr zu halten sein. Der Föhn braust über das Alpenland. Die erste Lawine ist zu Tal gedonnert. Andere werden folgen. Das Echo dieser gewaltigen Volksbewegung in Deutschösterreich wird sich laut über die ganze Welt hin fortplanzen, und die Alliierten werden, wenn sie nicht allen Kredit unter geracht denkenden Menschen einbüßen wollen, über kurz oder lang dem Ruf der österreichisch-deutschen Volkstämme nach dem Rechte auf Existenz und Selbstbestimmung ihres Schicksals und ihrer Heimat Folge leisten müssen.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Not der Erwerbslosen steigt von Tag zu Tag. Wie wir bereits heute morgen mitteilten, hat sich die Zahl der Erwerbslosen Berlins gegenüber dem Vorjahre um 45 Proz. vermehrt. Diese nüchternen Zahlen birgt eine unermessbare Summe von Elend, Entbehrung und Verzweiflung in sich. Während große Teile des Unternehmertums auf der einen Seite immer gewaltigere Gewinne einheimen und hierdurch besonders im gegnerischen U.S.A. den völlig schiefen Eindruck von der Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens hervorzurufen, steigt auf der anderen Seite die Zahl derer, die aller Mittel entbehren, dem nackten Elend preisgegeben sind. Wie der Berliner Magistrat festgestellt hat, sind unter den Arbeitslosen — entgegen der feindseligen Verleumdungen von gewisser bürgerlicher Seite — keine Arbeitsscheuen zu finden. Dennoch ist eine 30 und mehr Wochen dauernde Arbeitslosigkeit nachgerade an der Tagesordnung. Was dies für die Arbeitslosen selbst wie für ihre Familien bedeutet, bedarf keiner näheren Ausführungen. Die gegenwärtigen Verhältnisse sind vollkommen ungeklärt; man weiß noch nicht einmal, ob die Winterbeihilfen, die mit dem 30. April d. J. ablaufen, weiter gewährt werden sollen oder nicht. Um endlich klare Verhältnisse zu schaffen und die Reichsregierung zu einer positiven Äußerung zu zwingen, haben die Reichstagsfraktionen der SPD. und der USPD. folgenden scheinigen Antrag im Reichstag eingebracht:

A.

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die Behebung der Erwerbslosigkeit und die Fürsorge für die Erwerbslosen nach folgenden Grundzügen vorzunehmen:

1. Sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in weitestem Umfang. In erster Linie sind die für die öffentlichen Verkehrsbetriebe erforderlichen Erneuerungsarbeiten ohne Verzug in Auftrag zu geben. Die Mittel für weitere öffentliche Arbeiten sind schleunigst bereitzustellen.

2. Bei der Vergebung dieser Aufträge sind die von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke in erster Linie zu berücksichtigen. Den Unternehmern ist die Verpflichtung aufzuerlegen, entsprechend der Größe des jeweiligen Auftrags Arbeitslose einzustellen. Zu diesem Zweck ist, soweit dies technisch durchführbar ist, eine verkürzte Arbeitszeit einzuführen

oder diese beizubehalten, soweit sie bereits besteht. Wo durch Schichtwechsel mit verkürzter Arbeitszeit die doppelte Arbeiterzahl beschäftigt werden kann, ist eine solche Bedingung bei Uebertragung öffentlicher Aufträge vorzuschreiben.

3. Soweit die vorhandenen Betriebe einzelner Industriezweige nicht ausreichen, bestimmte Arten der verfügbaren Aufträge allein auszuführen, ist zum Zweck der Unterbringung der Arbeitslosen ein entsprechender Teil dieser Aufträge an geeignete andere Betriebe zu vergeben. Nötigenfalls ist die Umstellung von Betrieben zur Herstellung dieser Arbeiten sofort zu veranlassen.

4. Alle Arbeitsaufträge der öffentlichen Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden sind als Staatsarbeiten zu erklären, bei denen der Unternehmer gewinn auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu begrenzen ist. Den Arbeitern sind, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden, die Tariflöhne sicherzustellen.

5. Zur Mitbestimmung bei der Regelung der Auftragsvergebung, soweit es sich um die in Ziffer 2 bis 4 vorgesehenen Verpflichtungen handelt, sind Vertreter der Gewerkschaften zuzuziehen.

6. Wo es auf keinem anderen Wege möglich ist, den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, ist zu verlangen, daß allgemein, also auch für private Aufträge, die Arbeitszeit der noch voll Beschäftigten verkürzt und nach Möglichkeit Schichtwechsel eingeführt wird. Die seither Vollbeschäftigten werden zu diesem Opfer an die gänzlich Arbeitslosen bereit sein, wenn die in Ziffer 7 folgende Forderung erfüllt wird.

7. Allen Kurzarbeitern ist der bei der verkürzten Arbeitszeit entstehende Lohnausfall zu zwei Dritteln von den Arbeitgebern zu ersetzen. Das Reich und die Länder übernehmen die Hälfte der den Arbeitgebern erwachsenden Kosten auf die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Diese Maßnahme kann aber nur eine vorübergehende und nicht von langer Dauer sein, sondern es muß mit Hinsicht auf die Existenzmöglichkeit der Kurzarbeiter in der jetzigen teuren Zeit alles aufgewendet werden, um die Kurzarbeit baldigst wieder in Vollarbeit umzuwandeln.

8. Die Behebung des Baugewerbes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau ist mit größerer Eile als bisher zu betreiben. Als Ziel aller Maßnahmen auf diesem Gebiete hat in erster Linie und nach der Befähigung der Wohnungsnot die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu gelten.

9. Für diejenigen Arbeitslosen, denen auch durch die Erfüllung vorstehender Forderungen keine Arbeit verschafft werden kann, ist eine weitgehende, den Verhältnissen angemessene Erhöhung der laufenden Unterstützung zu beschließen, damit diese Arbeitslosen mit ihren Familien vor dem Verhungern geschützt werden.

Die Unterstützung soll in Ortsklasse A betragen:

für männliche Personen:

über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	15 M.
über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	13 „
über 16—21 Jahre	11 „
unter 16 Jahren	6 „

für weibliche Personen:

über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	13 M.
über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	11 „
über 16—21 Jahre	9 „
unter 16 Jahren	5 „

Die Familienzuschläge für den Ehegatten betragen 5 M., für die Kinder bis zu 16 Jahren 4 M., für sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 3 M. täglich.

In den Ortsklassen B bis E ist eine entsprechende Aufbesserung der Sätze unter Aufrechterhaltung der jetzt geltenden Spannungen, die in den einzelnen Sätzen 0,50 M. bis 2,50 M. beträgt. Zu dem gleichen Zweck ist die Schulpflicht für Kinder unbedeutender Eltern einzuführen und auszubauen.

zu solchen vagen, unrentablen Unternehmungen in keinerlei Beziehungen.“ gez. Joppenheim.

„Anbei sende ich Ihnen den von mir gesammelten Betrag von 245,35 M. und bedauere, daß nicht mehr zusammengebracht werden konnte, da zahlreiche Kollegen erst kürzlich eine mehrwöchige Arbeitslosigkeit durchgemacht haben und viele jetzt noch nur als Kurzarbeiter tätig sind.“ gez. Scholze, Betriebsrat der Reparaturwerkstatt der Straßenbahn. Navicular.

Die „Gespensier“ im Lessing-Theater. Die scharfe, mit theatralischem Dampf übertünchte Moral des Ibsenschen Sittenstückes wurde durch Lina Bossen in eine sanftere Lebenswelt hinübergeleitet. Die Neuaufführung milderer alles, sie suchte den Akzent des Jartens, sie vermied das Ibsensformige, das Ibsen mit großer Absichtlichkeit erfunden und beherrschend gruppiert hat. Die Gespensier-Tragödie von der Sündhaftigkeit der Väter, die sich an den Kindern rächt, wurde ein wenig vom typisiertern Spiel zur vereinzelt traurigen Familienlegende verengt. Der Dichtung wurde leise Gewalt angetan. Die Gebundenheit des Schauspielers lockerte sich. Lina Bossen schüttet ohne Schwierigkeit eine trübselige Säkeltigkeit in den Charakter der Frau Alving. Ist es ein überlegter, ist es ein blindlings gelundener Zug, daß sie sehr häufig mit geschlossenen Augen funkt oder rodet? Dieser Vorhang, der ihr Auge bedeckt, diese Wolfe des Verhüllens, schaffen das Charakteristische ihres Spiels. Wenn dann das große Beständnis ihrer Frauentragedie oder das Auffommen der Muttertreue kommt, wirken diese Explosionen außerordentlich.

Es besteht an dem Oswald des Herrn Loos die gesunde, fast knorrige Art, in der er dem Zerrütteten und Kranken gibt. Hier ist drei Akte lang schließlich mehr als das Rollen eines Hinfälligen vorzubereiten. Es ist eben die Gesundheit, die in der Vergangenheit erstarrte, auf Schritt und Tritt noch sichtbar, wie sie zu spüren sein sollte. Kurt Göh hütete sich vor der übermäßigen Salbung, die Viktor Manders gern verträufelt, und Herr Alfred Abel intrigierte als ein Engstrand, der eher ins Heitere als in das sehr Gemeine hineinsteuert. Es stehen sich in dem Ibsenschen Stücke immer meisterhaft ausgeglichene Gegenspieler gegenüber. Jedes Wort ist spitzig und vorwärtsstrebend mit Deutlichkeit. Problem und Form würden uns heute mannigfach wehtun, kämen sie in der Ibsenschen Ursprünglichkeit an uns. Es war gut, daß man etwas wandelte. Da vorstehliche Schauspieler das Werk versorgten, konnte selten von einer Belebung des Dichtergeistes gesprochen werden. M. H.

Wie wird die neue Reichsregierung ausfallen? Im „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ finden wir folgende Mitteilung: Vor kurzem hat wieder eine Sitzung des Unter Ausschusses für die Rechtschreibänderung stattgefunden, zu der kein Vertreter der Korrektoren hinzugezogen war. Ueber die Ergebnisse dieser Sitzung soll aber nichts in die Öffentlichkeit kommen; den Teilnehmern ist strengstes Schweigegebot auferlegt worden. Trotzdem sind wir in der Lage, mitteilen zu können, daß an den von uns verurteilten Vorschlägen festgehalten worden ist. Es sind dies Änderungen der Großschreibung, Fortfall der Doppelschleife, des Dehnungs-h, des e in ie (wo indes ein Doppelsinn entstehen könnte,

Der Reichstag wolle beschließen: Bis zur Neuordnung der Erwerbslosenunterstützung bleiben die für die Wintermonate gemächerten Unterstützungssätze bestehen.

Der Antrag der beiden Fraktionen geht davon aus, daß als erstes Ziel eine möglichst umfassende Beschäftigung der Arbeitslosen erreicht werden muß. Dies ist nicht ohne weitgehende Opfer der Arbeiterschaft selbst möglich; jedoch spricht der Antrag die Erwartung aus, daß diese Opfer von den bisher voll beschäftigten Arbeitern im Interesse ihrer arbeitslosen Kollegen gebracht werden. Sodann bezweckt der Antrag eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützungssätze, die sich nach dem gegenwärtigen Stande der Teuerung als völlig unzulänglich erwiesen haben. Die Reichsregierung sowie die bürgerlichen Fraktionen des Reichstages sehen sich nunmehr vor die Notwendigkeit gestellt, Farbe zu bekennen.

Agrarischer Steuerstreik!

Folgendes vertrauliche Rundschreiben, dessen Richtigkeit uns von absolut glaubwürdiger Seite bestätigt wird, wurde vom „Kreiswirtschaftsverband Niederbarnim“ unter der Tagebuchnummer 883 am 22. April versandt:

An die Vertrauensmänner!

Wie wir feststellen haben, sind Beamte des Finanzamtes unterwegs, um die Landwirte für die Umschlagsteuer zu bearbeiten und durch Unterschrift zur Anerkennung zu hoher Sätze zu überreden.

Leider haben wir auch erfahren, daß tatsächlich viele Landwirte unterschrieben haben. Es ist uns wirklich unverständlich, daß unsere Mitglieder sich hierzu haben bereist finden können. Die Landwirte schädigen sich auf diese Weise selbst und begeben sich jeder Möglichkeit, ihre berechtigten Interessen zu vertreten. Sie werden zu hoch und ganz ungerecht besteuert werden. Landwirte! Wozu seid Ihr organisiert?

Niemals darf sich ein Landwirt darauf einlassen, Finanzämtern oder Behörden Auskünfte zu erteilen, die von grundsätzlicher Bedeutung sind. Landwirte! Verweist immer auf Eure Organisation, lehnt jede Verhandlung ab und verlangt, daß die Behörden mit Eurer Organisation in Verbindung treten. Die werden dann die geeigneten Landwirte heranziehen und mit den Behörden verhandeln.

Wir bitten unsere Vertrauensmänner dringend, dafür zu sorgen, daß solche Fälle, wie oben geschildert, sich nicht wieder ereignen, und daß alle Mitglieder schleunigst gewarnt werden. Der Verbandsdirektor, gez. F. Evers.

Wir sind gespannt, was die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ zu dieser Aufforderung zum Steuerstreik der ihr nahestehenden Landwirteorganisation sagen wird. Die Erregung der Arbeiterschaft über den zehnprozentigen Lohnabzug richtet sich bekanntlich weniger gegen diesen selbst als gegen die Tatsache, daß ausschließlich die Arbeiter und Angestellten bis zum letzten Pfennig besteuert werden, während die besitzenden Schichten der Bevölkerung einmal weit später ihre Abgabe zu erichten haben und ferner Mittel und Wege in Fülle zur Verfügung haben, durch die sie sich um die Steuerleistung herumdrücken können. Daß eine Vereinerung von Agrariern es als Hauptaufgabe ihrer Organisation ansieht, ihre Mitglieder zum Steuerstreik aufzufordern und drängen vor Abgabe einer Steuererklärung zu warnen, ist in der an ähnlichen Beispielen reichen Geschichte der agrarischen Steuerdrückebergerie ein bisher kaum erreichtes Stück. Wie die „geeigneten Landwirte“ aussehen werden, die von der Organisation zur Verhandlung mit den Steuerbehörden bestimmt werden sollen, kann man sich nach dem Charakter dieses Schriftstückes vorstellen. Man muß den deutschen Landwirten dankbar sein, daß sie wenigstens noch die Freundlichkeit besitzen, sich zu Verhandlungen bereit zu erklären, und sich nicht etwa mit dem Hinweis jeder Besteuerung entziehen, man könnte den „zu gering“ besteuerten Arbeitern und Angestellten — etwa 20 Proz. von ihren reichen Löhnen zum Abzug bringen.

Kulturschutz.

Das „V.L.“ berichtet: Das Goethe-Museum in Frankfurt (Main) hat sich vor einiger Zeit an die 75 reichsten Leute Deutschlands gewandt, um ein Kapital zu erlangen für den Weiterbestand von Goethes Gebirgsbau und des mit ihm verbundenen Goethe-Museums. Ein einziger Großindustrieller, der Generaldirektor und Mitbesitzer einer der bedeutendsten Elektrizitätsgesellschaften der Welt, überlände dem Museum — 100 M. Sont erhielt die Museumleitung nur Absagen mit erbaulichen Worten über die heuligen ungesunden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse.

Ein günstiger Wind hat einige dieser Antworten auf unseren Redaktionstisch geweht:

„Ich interessiere mich lediglich für ein Museum in Deutschland: das Zeughaus.“ gez. Bruck von Kohlen und Stahlbad.

„Ein Museum ist sozusagen ein sozialistischer Betrieb. Angesichts meiner bekannnten und berechtigten Abneigung gegen derartige Experimente an unserem zukünftigen Wirtschaftskörper, wundere ich mich, daß Sie sich an mich mit einem derartigen Anliegen gewandt haben.“ gez. Kontel von Monnersdorf.

„Die unsichere Lage des Weltmarktes verhindert mich, Ihrem Ersuchen in dieser Form näherzutreten. Ich schlage Ihnen jedoch folgendes vor: Ich kaufe das ganze Museum auf, unter der Bedingung, daß eine Anzahl von Stellen als Kustos und Bibliothekaren denjenigen Herren reserviert bleiben, die ich Ihnen namhaft machen werde und die über die nötige Vorbildung verfügen (Generalstab, Minenverwerfungsanstalt, Gefechtsübernahmekommission).“ gez. Sibbes.

„Sollte ich das diesjährige Derby gewinnen, so stehe ich Ihnen mit einem den Verhältnissen angemessenen Betrag ausnahmsweise zur Verfügung, und zwar nur, weil ich ebenfalls gebürtiger Frankfurter bin. Indessen betrachtet mein Trainer die Lage als gegenwärtig noch ungeklärt.“ S. und K. Bergwein.

„Bei der Begründung meines leider ablehnenden Standpunktes werde ich mich, wie gemöhnlich, kurz fassen:

8. Goethe hat in der Zeit der schwersten Erniedrigung unseres herrlichen Preußens die nationale Würdelosigkeit begangen, den Kaiser Napoleon zu empfangen.

9. Hätten wir nicht durch Dolchschläge und Erzbergereien den Krieg verloren, dann könnten alle diese Ausgaben durch die damals von kompetentester Seite in Aussicht gestellte englische Milliardenkriegsschuldigung beglichen werden.

14. Nebenher: der Geist von Weimar.“ gez. Heiserlich.

„Sie haben Recht: meine Durchlaucht hat gerade heute nacht im Jodentub eine Viertelmillion im Sac verloren.“ gez. Fürst Kleh.

„Mein ganzes Vermögen für ein Korfant-Museum. Das ist ein Mann.“ gez. Graf Oppersdorwski.

„In Ihrem werten Schreiben ist weder von Verzinsung noch von sonstigen Garantien die Rede. Mein Institut tritt grundsätzlich

kann in aller Weise weitergeschrieben werden), weiter Fortfall des al, z und n, Vereinfachung der Trennungsregeln usw.

Die Buchdrucker (aber doch ein großer Teil von ihnen) sind Gegner der Reform. Sie fürchten eine weitere Erschütterung des Wirtschaftstobens und finden, daß es jetzt Wichtigeres zu tun gibt. Wir sind anderer Ansicht. Die deutsche Rechtschreibung hätte schon längst gründlich reformiert werden müssen. Daß es nicht geschehen ist, kann unmöglich ein Grund sein, diesen schlechten Zustand zu verewigen. Aber darin haben die Buchdrucker recht: man sollte ihre Vertreter auch zu den Vorberatungen zuziehen.

Den Demokraten.

Habt ihr euch endlich heimgefunden mit Stegerwald und Kompagnie? Und offenbar nun unumwunden des Herzens diese Sympathie für Ludendorff und Kapp-Gesellen, für euren angestammten Herrn und seine bunten Ordensketten — ihr tragt sie stolz und trugt sie gern.

Ihr seid der Freiheit Sturmsoldaten, solange es sich um Schwache dreht, doch hänglich werden eure Laten, wenn Barverluft in Frage steht. Um Himmels willen, nur nicht blechen, der Demokrat wird freideweiß; will er das Kapital anstehen, gerät er in Verzweiflungsschweiß.

Er schwingt die hohen Geistesfahnen, die Zentrumschleppe trägt er auch; er knigt vor Junkern und vor Ähnen und streicht den Agrarierbusch. In einer Reihe mit Herrn Silmes errettet er das Vaterland, voll aufgeweckten Bürgerfinnes — der Demokrat im Preußenland!

Scharaff.

Die Sommertheater im Deutschen Theater und den Sommertheater beginnt am 1. Mai mit der Uebung von Karl Orff und Karl Rosen mit dem Schwan, Polak und Perlmutter und Schwan, Resalliance.

Im Deutschen Opernhaus eröffnet Frau Kommerzienrätin Maria Guldell-Ehoder am Sonnabend ihr Gastspiel als Carmen. Am Montag tritt sie in der „Waldschänke“ als Katharina auf.

Ein Antrag für Vertretung wurde an der Bölnen Universität begründet. Die Lehrfähigkeit soll alle Fragen des Verkehrswehens umfassen. Das Kultusministerium hat 10 000 M. dafür zur Verfügung gestellt.

Winkelaufführungen im Schauspiel. Der Hercules-Saal in der alten Residenz in München, die seit dem letzten Jahre bekanntlich als Residenztheater allgemein zugänglich ist, wird in nächster Zeit für mehrere musikalische Aufführungen Verwendung finden. (Es sind den vielen Berliner Schülern nicht aus einer für ähnliche Zwecke verwendbar wäre?)

Gewerkschaftsbewegung

Die Lehren des Kommunistenputsches.

Hierüber sprach Genosse Busch in einer Versammlung der SPD-Fraktion des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die am Dienstag in den „Sophienjulen“ stattfand.

Redner hat die von dem letzten Kommunistenputsch in Mitteldeutschland gezogenen Lehren für den Metallarbeiterverband besprochen und konnte aus eigener Anschauung über das durch diesen angerichtete Unheil berichten. Er wies darauf hin, daß der Putsch schon seit Monaten geplant

war und zur Befestigung der stark gefährdeten Position der russischen Diktatoren dienen sollte. Solange die russische Bauernschaft in der Furcht erhalten werden konnte, daß ihr Besitz durch auswärtige Feinde gefährdet sei, waren sie bereit, den Diktatoren Gehorsam zu leisten, da sie aber die Grundlosigkeit der Furcht erkannt haben, wehren sie sich gegen die diktatorische Befehle, und nun führen die Diktatoren ihre Herrschaft bedroht. Deshalb wurde der Putsch gemacht, um als Beweis dafür zu dienen, daß die „Weltrevolution“ marschiere. Interessant dürfte sich, so führte der Vortragende aus, die Tatsache ausmachen, daß die Kommunisten mit dem monarchistischen Ironbund Hand in Hand

gingen. Hierfür hat ein aufgefunden Brief den Beweis geliefert, in dem von den Monarchisten angefragt wird, ob es denn nicht bald losgehe.

Im Mansfeldischen ist man in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung bisher sehr rückständig gewesen. Bis 1918 fielen die Wahlen konservativ aus. Im Verlauf des Krieges sind in der Gegend große Industriewerke errichtet worden; es hat sich eine Art amerikanischer Entwicklung vollzogen. So waren im Leuna-Werk allein rund 22 000 Arbeiter beschäftigt. Diese Entwicklung hat einen gewaltigen Zustrom von Arbeitskräften zur Folge gehabt, unter denen sich nicht immer die besten Elemente befanden haben. Hier fand die kommunistische Agitation willige Kräfte, denen

Schulung und Aufklärung fehlte.

Dennoch ist es durch Gewaltakte und Drohungen gelungen, die Massen für den Putsch zu gewinnen. Autos, auf denen sich Maschinengewehre befanden, ritten von Schicht zu Schicht und Wert zu Wert und forderten unter Bedrohung mit Erschießen die sofortige Stilllegung. So wurden die Arbeiter zum Feiern gezwungen, und sie wurden dann durch weitere Drohungen auch dazu gezwungen, bewaffnet am Putsch teilzunehmen.

Daß öffentliche Gebäude gesprengt worden sind, dürfte zur Genüge bekannt sein, es sind aber in manchen Ortschaften auch viele Wohnhäuser zerstört worden, sogar ganz kleine, so in Heilsfeld allein 11 Gebäude. Die bekannten Anhänger der sozialdemokratischen Parteien wurden von der ausgehenden Menge mit dem Tode bedroht. Einem Genossen, den man nicht finden konnte, wurde

die ganze Wohnung zertrümmert.

Es ist mir glaubwürdig versichert worden, daß die Schutzpolizei sich geradezu musterhaft benommen habe, und daß der erste Schuß nicht von dieser abgegeben worden sei. Die jungen Menschen schickte man vor, während die Heizer mit dem Auto verschwand. Das Geld der Banken wurde „abgehoben“ und „darlehen“ wurden angeblich zu dem Zweck „ausgenommen“, für die Rote Armee Wohnung zu beschaffen.

Die Vorgänge haben belundet, daß es sich nicht um ehrliche Freiheitskämpfe, sondern um

Ueberfälle plündernder Banden

handelte. In Mansfeld wurden alle Läden bis auf vier geplündert. Hier wie in ganz Mitteldeutschland herrscht jetzt eine erbitterte Stimmung, die der Reaktion zugute kommt. Redner betonte am Schluß seines Vortrages die Notwendigkeit, mit dem ganzen Kommunismusputz endlich gründlich aufzuräumen. Wollen wir unsere politische und gewerkschaftliche Bewegung nicht zugrunde gehen lassen, so müssen wir das kommunistische Treiben energig bekämpfen. (Lebhafte Beifall.)

An den Vortrag knüpfte sich eine längere Aussprache, in der sich alle Redner darin einig waren, daß der Kampf in energischer Weise aufgenommen und durchgeführt werden müsse.

„Eine unbillige Härte“.

Die Unternehmer haben es, Arbeiter mit der Mollereiung zu entlassen oder ihre Anstellung zu verweigern, daß sie „zu alt“ sind. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat in diesen Tagen eine sehr interessante und wichtige Entscheidung in einer Angelegenheit gefällt, in der eine Berliner Firma zwei Arbeiter nach 28- und 26-jähriger Tätigkeit wegen „zu hohen Alters“ entließ, und zwar mit der Begründung, daß sie nicht mehr im Vollbesitz ihrer Leistungsfähigkeit seien. Größtenteils bewilligte man ihnen auf Widerruf eine monatliche Pension von 100 M. Die beiden Arbeiter klagten nun beim Schlichtungsausschuß auf

Wiedereinstellung. Dieser hat nach Prüfung der Sachlage dem Antrag der Entlassenen stattgegeben. Er erblidete in der Entlassung der beiden alten Arbeiter eine unbillige Härte nach § 84 Absatz 4 des B.R.G., und zwar mit Rücksicht auf die lange Beschäftigungsdauer der Beschwerdeführer. Bei Ablehnung der Wiedereinstellung wurde die Firma wurde diese nach § 87 des B.R.G. verpflichtet, die Hälfte des letzten Jahresarbeitsverdienstes den beiden Arbeitern zu zahlen.

Es ist sicher anzunehmen, daß die leider nicht genannte Firma die beiden Alten mit der Hälfte ihres letzten Jahresverdienstes abfinden wird. Immerhin aber ist das Urteil und die Begründung beachtenswert und es bleibt zu wünschen, daß gesetzliche Bestimmungen geschaffen werden, die die Arbeitgeber verpflichten, in ihren Diensten oft gewordene Arbeiter bei voller Entlohnung weiter zu beschäftigen, oder so zu stellen, daß sie ohne Sorge ihren Lebensabend beschließen können. Die hierfür notwendigen Ausgaben werden sicherlich nicht den Reingewinn überschreiten, den die Unternehmer aus der langjährigen Tätigkeit der Arbeiter gewonnen haben.

Die Verhandlungen im englischen Bergarbeiterstreik.

Reuter meldet: Die Konferenz der Besitzer und Bergarbeiter ist vertagt worden. Man einigte sich, daß der Vorsitzende Sir Robert Horne Mittwoch mit den Besitzern und Bergarbeitern besonders verhandeln wird, und zwar soll die Möglichkeit, daß die Regierung zu den Bergarbeitergehältern beiträgt, besprochen werden. Die Bergarbeiter haben einen Bericht herausgegeben, wonach die neuen Vorschläge der Besitzer den alten gleichkommen und die hauptsächlichsten Prinzipien einer nationalen Gewinnläufe und eines nationalen Lohnrates verworfen werden. Hieraus müßten die Bergarbeiter aber bestehen bleiben.

Die Vertreter der Bergleute und der Grubenbesitzer traten zu einer Konferenz unter dem Vorsitz Hornes zusammen.

Der Bau Dresden des Deutschen Textilarbeiterverbandes tagte unlängst in Dresden. Gauleiter Sachs erbatte den Geschäftsbericht. Der Gau umfaßt zurzeit 72 Filialen mit über 142 000 weiblichen und 66 300 männlichen Mitgliedern. Gauleiter Zwahr berichtete über Tarif- und Lohnbewegungen. Danach wurden 1920 insgesamt 124 Tarife abgeschlossen. Mehrfach mußte zur Arbeitsniederlegung geschritten werden. Im Berichtsjahre wurden 17 Angriffsstreiks geführt. Besonders ernst war der Kampf um die einheitliche Lohnfestlegung für ganz Sachsen. Die in der Diskussion zutage tretenden Differenzen wurden in ruhiger und sachlicher Weise ausgetragen. Das Mitglied des Textilarbeiterverbandes, Arbeitsminister Jäckel, konnte unter allgemeinem Beifall alle Angriffe der Kommunisten abtun. Nach einem längeren Referat des Redakteurs des „Textilarbeiter“, Dressel-Berlin, in dem sich der Redner gegen die kommunistische Ministerarbeit wandte, fand die Konferenz ihr Ende.

Zentralverband der Angestellten. Öffentliche Versammlungen, Donnerstag 7½ Uhr, für Rechtsanwaltsvereine, Prachtvolle Miß-Berlin, Blumenstraße 10. — Dienstag und Samstag-Großhandel, Neue Villenstraße, Alpenstraße 90-97. — Sonntagabend im Einzelhandel, Donnerstag 7 Uhr im Schützengarten, Zoltstraße 21/22; Versammlung, Tagungsabend: Das Resultat der Verhandlungen mit den Unternehmern und unsere weiteren Maßnahmen.

Soziales.

Zehn Jahre Kinderfreundearbeit.

Dem Tätigkeitsbericht der von Max Winter, Wien begründeten Organisation der Kinderfreunde entnehmen wir:

Am Ende des Gründungsjahres 1910 hatten die Kinderfreunde Niederösterreichs 567 Mitglieder, am Ende 1920 siedzigmal so viel, das heißt 37 503. Im letzten Vereinsjahr sind sie allein von 19 000 auf 37 500 gestiegen. Nur jeder zwölfte Gewerkschafter ist auch „Kinderfreund“ und nur jeder sechste politisch Organisierte.

Im Durchschnitt kommen auf ein Mitglied zwei Kinder. Ende 1920 waren es 70 000 in Wien und Niederösterreich, gegen 2000 Schülklinge im Gründungsjahr. Im ersten Vereinsjahr kam schon auf je acht Mitglieder ein freiwilliger Mitarbeiter, heute kommt auf je 24 einer. Das heißt, die freiwilligen Helfer sind an Zahl auf ein Drittel zurückgegangen. Dagegen war es dem Verein möglich, sich aus der Mitgliedschaft berufliche Helfer heranzubilden. Heute sind es schon 161, die alle für ihre Arbeit in den Horten, Heimen, Erholungsstätten, Ferienkolonien bezahlt werden. Die Spielfläche, über die der Verein verfügt, beträgt 618 000 Quadratmeter, die Erholungsstätte weitere 700 000 Quadratmeter. Im Durchschnitt kommen also auf jedes dem Verein angeschlossene Kind 188 Quadratmeter Kinderschulung. Das meiste davon ist in Pacht, vieles aber auch im Eigentum. Zur Erhaltung aller 70 000 Kinder wären zehnmal so viele Horte nötig. In den dichtbevölkerten Arbeiterwohnvierteln müßte eigentlich in jedem Häuserblock ein Hort unterhalten werden. Auch das wird kommen und um so rascher dann, je rascher sich die Arbeiterchaft bereinigt, die Kosten des Krieges um das Recht auf Erziehung auf sich zu nehmen und den Kinderhorte zu steuern, der auch die Mittel geben muß zur Erfüllung der Pflicht der Errettung der Kinder vor körperlichem Siechtum und Untergang.

Die Kinderfreunde haben seit 1916 27 826 Kinder auf je 45 Tage in Ferien bringen können. Das ergibt fünf Viertelmillionen Verpflegungstage. Im letzten Jahre allein waren es fast 12 000 Kinder, die durch die Kinderfreunde Erholung empfangen. Ein neugebantes Erholungsheim in Mauer bei Wien und einige Wanderherbergen, der Anbau des Tuberkulosehospitals in Klosterneuburg werden sie in stand setzen, mehr zu leisten.

Wirtschaft

Der Verkehr mit dem besetzten Gebiet.

Im Reichswirtschaftsministerium fand eine Sitzung statt, zu der die Vertreter der großen Spitzenverbände der Industrie, des Großhandels, der Handelskammern, der Genossenschaften, des Handwerks und des Bankgewerbes, insbesondere auch aus dem besetzten Gebiete erschienen waren. Man erwog die Maßnahmen, durch die die Einheit des rheinisch-westfälischen und des gesamtdeutschen Wirtschaftsgebietes trotz aller Bedrängnis gewahrt werden könne. Aufgabe der großen Spitzenverbände des deutschen Gewerbes sei es — so führte der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz aus —, durch enge Fühlungnahme mit den ihnen angeschlossenen Wirtschaftskreisen der besetzten Gebiete die notwendigen Verbindungen herzustellen und aufrechtzuerhalten. Hierfür sagte er eifrigste Mitwirkung zu. Die erstatteten Berichte ließen erkennen, daß ein Zustand allergrößter Verwirrung eingetreten ist. Zum Teil haben die Zoll-, Post- und Eisenbahndirektoren bis heute noch keine Anweisungen zu den am 20. April in Kraft getretenen Zollverordnungen der Alliierten erhalten. Auf den Kölner Postämtern, wo im Frieden täglich 200 vom Ausland kommende Pakete abgefertigt wurden, werden täglich etwa 20 000 zu behandeln sein, ohne daß das Personal und die sonstigen Einrichtungen für die Verzollung hierfür vorhanden sind.

Ueber die Grundsätze, nach denen das von der Interalliierten Rheinlandkommission errichtete „Ein- und Ausfuhramt für die besetzten Gebiete in Ems“ arbeiten wird, ist bisher folgendes bekannt geworden:

Die Anträge auf Aus- und Einfuhrbewilligung sowohl nach dem Ausland, wie nach dem unbesetzten Deutschland sind bei der genannten Stelle in Ems einzureichen. Die endgültige Entscheidung liegt bei dem Wirtschaftskomitee der Rheinlandkommission in Koblenz. Für Lebensmittel, Kohlen und sonstige Rohstoffe werden grundsätzlich Ausfuhrbewilligungen nicht erteilt. Im übrigen wird bei der Erstellung der Ausfuhrbewilligungen die Preisgestaltung berücksichtigt. Einfuhrbewilligungen sollen grundsätzlich weitgehend erteilt werden. Nur für 95prozentigen Alkohol wird sie grundsätzlich verweigert. Pakete im Gewicht bis zu 5 Kilogramm bedürfen vorläufig keiner Ein- und Ausfuhrbewilligung, unterliegen aber den Zollvorschriften.

In der Aussprache wurde die Einsetzung des Staatssekretärs für das besetzte rheinische Gebiet, der mit weitgehenden Befugnissen auszustatten wäre, allerseits gefordert.

Hein. Lehmann u. Co., N.-G. Berlin-Reinickendorf. Im Jahre 1920 erzielte die Gesellschaft einen Reingewinn von 2 657 385 M., gegen 1 297 340 M. im Vorjahr, woraus auf das verdoppelte Aktienkapital eine Dividende von 25 Proz. mit 1 000 000 M. gegen 15 Proz. im Vorjahr verteilt werden sollen.

Scharfe Maßnahmen gegen Stilllegungen verlangte nach der „Berl. Börsenztg.“ das sächsische Arbeitsministerium. Es beantragte beim Reichsarbeitsministerium die Verordnung über Betriebsabbrüche und Stilllegungen von Grund aus umzuändern und fordert u. a. folgende Verbesserung: Die Demobilisationsbehörde soll künftig das Recht haben, ein Verbot des Abbruchs oder der Stilllegung auszusprechen. Die Beschlagnahme und Enteignung soll sich nicht nur auf die Vorräte und die bedrohten oder betroffenen Gegenstände, sondern auf den ganzen Betrieb erstrecken dürfen. Es soll ferner die Möglichkeit geschaffen werden, mit Hilfe der Beschlagnahme und Enteignung die Weiterführung von Betrieben im Interesse der Allgemeinheit durch eine öffentliche Stelle auch gegen den Willen des Arbeitgebers durchzuführen. Künftig soll die Festsetzung des Preises bei Enteignungen durch die Demobilisationsbehörde endgültig und unanfechtbar sein. Ferner soll bei Beschlagnahmen und bei Enteignung die Höchstgrenze des Tagespreises der Entschädigung durch die Demobilisationsbehörde niedriger festgesetzt werden können. Die Unternehmungen sollen also unter allen Umständen gezwungen werden, ihre Betriebe fortzuführen, auch wenn sie unrentabel geworden sind.

Konzern Kohlenellenbogen. Die Generalversammlungen der Schutthelfer-Bahnhof Brauerei N.-G., der C. A. F. Kohlbau N.-G. und der Breslauer Spritfabrik N.-G. haben den geplanten Zusammenschluß dieser Unternehmungen der Brau- und Spiritusindustrie in einer Interessengemeinschaft beschlossen. Zur Durchführung des Vertrages wird eine eigene Spitzengesellschaft mit dem Namen Interessengemeinschaft zur industriellen Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse G. m. b. H. gegründet. Der neue Konzern, der nach dem Namen des Direktors der Breslauer Spritfabrik als Konzern Kohlenellenbogen bezeichnet wird, ist nach Angaben seiner Gründer zur Verbilligung des Ankaufs der Rohprodukte, des Verkaufs der Abfallprodukte und zu gemeinsamer Regelung der Abfälle gegründet, wo die bestehenden Unternehmungen bisher getrennt arbeiten. So besitzt die Breslauer Spritfabrik die Hasenbrauerei. Die einzelnen Unternehmungen sind nach einem bestimmten Schlüssel am Gewinn der drei Unternehmungen beteiligt. Die Kontrolle über die Geschäftsführung wird ausgeübt durch einen Geschäftsausschuß, in dem die drei Firmen vertreten sind.

Bezugslo für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Wiedr. Berlin. Verlag: Verlags-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Zinow u. Co., Berlin. Umkreis: 2

Bezirksv. Berlin SPD. 24. Abteilung. Unser Genosse, der Volksbevollmächtigte **Willi Lange** (Mittler, 14) verstarb im Alter o. 25 Jahre an den Folgen des Krieges. **Sein feierliches Beerdigung** am Donnerstag nachm. 1 Uhr auf dem Friedhof in Friedrichshagen.

Raucher dank!! Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz od. teilw. einzustellen. Wirksam, verblüffend, Ausk. unumw. vers. San. A. V. K. G. Engbrecht, München R. A., Kaszingerstr. 4

Glühlampen Halbwattlampen und 100 W. Elektro-Instal.-Material fault. **Schröder, Bernauer** StraÙe 101, Gabelsch. 111.

WANZEN PFEIFFEROL Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Apotheker Otto Pfeiffer & Viehler, Berlin N. 65, Schu. str. 16.

Motten, Flöhe, Kopf- und Körperläuse, Schwaben werden radikal vernichtet durch **PFEIFFEROL**

Ihre Damen- und Herrenhüte werden in bewährter tadelloser Ausführung nach den vornehmsten Modellen umgearbeitet und umgearbeitet. Neue Hüteformen zu Fabrikpreisen nur in der Spezialfabrik **Georg Erdmann, Stroh- und Filzhutfabrik** Schönhauser Allee 116

Same reden durch Fritz Müller: Die Kunst der freien Rede. Preis 2 Mark und 20%, oder 1 Mark. Es. Davlb: Referentenfürbrer. Preis 4,50 Mark u. 20%. Buchhandlung Vorwärts, Berlin S. W. 65, Lindenstr. 2

Herren-Kuchen Kuzus, Valetot, Hüster-Stoffe, engl. „Domestym“, eleg. „Reihen“. Str. 50, - 100, - 150, - 200 M. Nur langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bürgen für preiswerte gute Qualitäten. Gegr. 1898. **Tuch-Lager Koch & Seeland** Gegr. 1893. G. m. b. H. Gertaudenstr. 20-21.

Kenner Kapitän Kautabak Zu haben in den meisten Zigarren-Geschäften. General-Vertrieb: **C. Röcker, Berlin** Lichtenberger Straße 22 (Kgl. 3861).

Jeder Eisenbahner der vorwärts strebt und nach dem Grundloch „Sein Bahn dem Tüchtigen“ sich durch eifriges Sachstudium fortbilden will **liest** zur Veranschaulichung seiner Berufskenntnisse unsere konkurrenzlos hochinteressante **Die Eisenbahnschule** Amtliches Organ des Verbandes Deutscher Eisenbahnschulung und technischer Zeitschrift für alle Eisenbahner. Interessante Artikel, Lehrreiche Abhandlungen. Aus dem Inhalt: Demarkierung im Eisenbahnbau. — Die Entwicklung der Siemens-Wehre. — Neuerungen im Signalwesen. — Lokomotivlokomotiv mit Lieberhiner. — Wasserstandsanzeiger. — Elektrisches Schweißen im Eisenbahnbau. — Der Luftdruck des Barometer. — Die Verwendung von Kupfer in der Lokomotiv-Feuerbläse. — Der Lokomotiv-Heizer. — Die Kriegerische. — Elektrische Schnellbahnen — und vieles andere mehr. Preispreis hierf. vom Verlag unter Kreuzband Mark 5.— pro Vierteljahr, durch die Post bezogen Mark 6.— zuzüglich Mark 0.20 Verfr.gebühr. **Bestellen Sie kostenlos Probeheftern.** Für Vereine billiger. Für Vereine billiger. Amerikaner dazugl., wirkungsvolles Injektionsorgan. Infolge in der Eisenbahnschulung haben den größten Erfolg; die Zeitschrift legt sich nachweisbar aus den Eisenbahnschulung, sowie ca. 20 000 Herren der Eisenbahnschulung zusammen. An über 100 Schulen im ganzen Reich verbreitet. — Man verlange Probeheft. **Verlag A. Wesemann, Berlin SW., Köpenickerstr. 109.** Tel. 3071-7 4915, Berlin SW. 1377, Telek. Dismaslo

Drum prüfe, wer sich ewig bindet! Als Selbsthersteller liefere ich in **Qualität** und **Preis** einzig dastehend **Trauringe** 1 Trauring, Duk. g. von 85 M. an 1 Duk.-Trauring 240 M. 1 Ring, 585 gest. von 70-180 M. 1 Ring, 333 gest. von 30-100 M. **Garantieschein für gesetzl. Goldinhalt.** **Ankauf von Gold-, Silber-, Platin-Bruch** infolge Selbstverwertung zu denkbar **günstigen Preisen!** **BRILLANTEN** zum Auslandskurs. **H. Wiese, Juwelier, Artilleriestr. 30, Norden 1030** Telephon

Erich Fuhrmann Spezialgeschäft für Trauringe **Gotzkowskystr. 13** empfiehlt sich **allen Brautleuten** Preisliste kostenlos **Ankauf von Gold-, Silber-, Platinbruch** infolge Selbstverwertung zu denkbar günstigen Preisen. Telephon: Moabit 9354.